

„Sozial ist, was Arbeit schafft“

2000 jubeln Horst Seehofer beim politischen Aschermittwoch der CDU in Recke zu

Von Achim Giersberg

Recke. Einen „radikalen Politikwechsel“ in der Bundespolitik forderte der stellv. Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Horst Seehofer, vor 2000 Zuhörern beim zweiten „politischen Aschermittwoch“ der Kreis-CDU in Recke. Ein „Ja zur Technik“, insbesondere zur Biotechnologie, ein Abbau der überbordenden Bürokratie, weniger Steuern und ein stärker auf den Einzelnen zugeschnittenes Sozialsystem seien die vier Pfeiler dieser neuen Politik, für die die Union stehe.

Seehofer prophezeite ein vorzeitiges Ende der rot-grünen Bundesregierung und sparte nicht mit beißender Kritik vor allem an Bundeskanzler Gerhard Schröder. „Schröder hat einen Konsens-Striptease gemacht und steht jetzt nackt da.“ kommentierte er das Scheitern einer Neuaufgabe des Bündnis für Arbeit.

Unterhaltsam („Seit der letzten Bundestagswahl treffen ich keinen Menschen mehr, der rot oder grün gewählt hat“) und durchsetzt mit Sentenzen aus dem Schatzkästlein politischer Rhetorik („Sprechen, handeln und reden muss eine Einheit sein“) riss Seehofer sein Publikum immer wieder zu Beifall und Zustimmungsrufen hin. Die Politik hindere das deutsche Volk daran, „wieder Lokomotive“ in Europa zu sein, warf er Rot-Grün Unentschlossenheit und die falschen Rezepte vor.

Nur eine dynamische Wirtschaft sichere Wohlstand und soziale Sicherheit, deshalb gelte als erstes Gebot: „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Eine ausufernde Bürokratie ersticke unternehmerische Initiative, meinte Seehofer und forderte die Abschaffung von ganzen Verwaltungsebenen und Ämtern: „Als Minister habe ich das Bundesgesund-

heitsamt aufgelöst und das Schönste war, keiner hat's gemerkt“.

Die Idee der Riester-Rente sei prinzipiell richtig gewesen, aber die Umsetzung viel zu kompliziert. Riester habe ein „erotisches Verhältnis zu Paragraphen“ mit einem Steuerfreibetrag oder einer staatlichen Zulage hätte die Zusatzrente auch „ganz einfach“ gestaltet werden können.

Die Abschaffung der 630-Mark-Jobs 1999 habe dazu geführt, dass nur noch die Schwarzarbeit floriere; jetzt korrigiere die Regierung nur, was sie damals verbockt habe. Mit 400 Euro, die ein Arbeitnehmer ohne Sozialabgaben verdienen dürfe, wenn der Arbeitgeber 20 Prozent pauschal versteuere, habe die Union ein einfaches Modell vorgelegt. Mit „Hartz & Co“ habe

Berlin „ein Konjunkturprogramm für Anwälte und Juristen“ aufgelegt, das ihn an „Absurdistan“ erinnere, etwa bei der Beschränkung von Mini-Jobs auf „haushaltsnahe Tätigkeiten“. Seehofer forderte einen „Abschied vom Konsensgerede“. Mit dieser abgehalfterten Regierung werden wir keine faulen Kompromisse machen.

Drei Grundsätze gelte es, in der Sozialpolitik zu realisieren: Wer arbeite, müsse mehr haben, als derjenige, der Sozialhilfe bezieht. Wer angebotene Arbeit ablehne, dem müsse die Unterstützung gestrichen werden. Und: Bei der Rente müsse die Kindererziehung stärker berücksichtigt werden. Der ehemalige Gesundheitsminister warnte davor, „das deutsche Gesundheitssystem krank zu sparen“. „Ein oder zwei Euro mehr Zu-

K UN 7.3.23

zahlung“ würden schon einen Großteil der Probleme lösen. Seehofer sprach sich für mehr Mitbestimmung der Patienten in den Krankenkassenverwaltungen aus und forderte die Kassen auf, ihre Verwaltungskosten offen zu legen. Sinnvoll sei auch eine Arztrechnung für den Patienten, damit dieser als „Kontrollleur“ fungieren könne.

Vor Seehofer hatte MdB Jens Spahn (Seehofer: „Ein Riesenzugewinn“) gefordert „Der Schröder muss weg“ – im Gleichklang mit dem CDU-Bezirksvorsitzenden und MdB Karl-Josef Laumann (Seehofer: „Er hat mit Sicherheit noch nicht das Ende seiner Karriere erreicht.“), der zum Abschluss der Regierung attestierte, sie habe „so massiv gegen die Interessen der Bürger gearbeitet“ wie noch keine vor ihr.